

Autorin

Emily Lines

Demografischer Wandel

Bleibt die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf der Strecke?

Menschen wollen sich ihrem Lebensumfeld zugehörig fühlen. Deshalb sollten Wege gefunden werden, wie Menschen aller Generationen im ländlichen Raum stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden können. Ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl kann ein starker Bleibeanreiz sein.

Dazu trägt die Schaffung von sozialen Räumen bei, in denen sich die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen treffen können, um miteinander zu interagieren. Dies betrifft auch generationenübergreifende Aktivitäten.

Es sollte gegebenenfalls mehr an ein entsprechend geschultes Personal und externe Berater/innen delegiert werden können, um eine effiziente Durchführung und nachhaltige Wirksamkeit der Projekte sicherzustellen. Die Förderung von diesen Projekten sollte nachhaltiger gestaltet werden.

Die in einer bestimmten Region verfügbaren Angebote sollten besser beworben werden, da deren Zielgruppen oftmals nur unzureichend darüber informiert sind. Dies kann weitere Bleibeanreize schaffen.

**POPULATION
EUROPE**



THE NETWORK OF EUROPE'S LEADING
DEMOGRAPHIC RESEARCH CENTRES

Während in Deutschland die Einwohnerzahlen vieler Städte weiterhin steigen, sehen sich gerade abseits der Metropolen gelegene ländliche Regionen mit einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung konfrontiert. Dies hat häufig damit zu tun, dass mehr Menschen aus ländlichen Regionen wegzuziehen. Analysen konnten am Beispiel aktueller Daten aus Großbritannien zeigen, dass Menschen, die bislang in der Nähe ihrer Eltern gelebt haben, diesen Wohnort eigentlich auch in Zukunft beibehalten würden (Ermisch & Mulder, 2019). Die häufigsten Gründe für Wanderungsbewegungen hängen mit Beschäftigungs- und Bildungsmöglichkeiten sowie dem Wunsch, näher an der Familie zu sein, zusammen, deutlich weniger dagegen mit dem Wohnungsmarkt (Thomas, 2019). Diese Motive müssen stärker berücksichtigt werden, um den ländlichen Raum für potenziell Zuzugswillige attraktiver zu machen.

Wie können Städte und Gemeinden auf diese Bevölkerungstrends reagieren und wie kann die Lebensqualität auch in schrumpfenden Regionen erhalten werden? Wie unterscheiden sich diesbezüglich die Ansprüche von jüngeren Menschen, jungen Familien und der älteren Generation? Dies war Gegenstand eines vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekts, bei dem Expert/innen aus Wissenschaft, Politik, Kommunalverwaltung und Zivilgesellschaft in Deutschland bei einer Tagung am 20. Januar 2020 in Berlin diskutierten.

Jüngere Generation

Wie kann die Lebensrealität der jüngeren Generation in den Gemeinden nachhaltig verbessert werden, um diese zum Bleiben beziehungsweise zur Rückkehr zu veranlassen? Neben der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsperspektiven hoben die Teilnehmer/innen der Arbeitsgruppe hervor, dass jüngeren Menschen mehr Möglichkeiten zur Beteiligung insbesondere an den kommunalen Entscheidungsprozessen geboten werden sollten. Oftmals würden sie nicht einmal nach ihren Verbesserungsvorschlägen gefragt, denn gerade im ländlichen Raum stehe meist die Situation der älteren Bevölkerung im Vordergrund, kaum aber Projekte zur Lebensrealität jüngerer Menschen. Wenn man beispielsweise über die Digitalisierung des ländlichen Raums spreche, werde dies oft in den Kontext gestellt, wie ältere Menschen mit dem technologischen Wandel zurechtkommen. Seltener aber werden die Kommunikationsgewohnheiten jüngerer Menschen angesprochen. Hier bedarf es eines grundsätzlichen Perspektivenwechsels: Die Bedürfnisse der jüngeren Generation müssen deutlich mehr in den Vordergrund öffentlichen Handelns treten.

Die Beteiligung an Entscheidungsprozessen allein werde aber nicht ausreichen; das Votum der Jugend müsste einen entsprechenden Niederschlag in den Entscheidungen selbst und insgesamt mehr Wertschätzung erfahren. Der *Children's World+ Survey* hat gezeigt, dass Jugendliche sich deutlich weniger in das Schulleben einbringen, wenn sie den Eindruck haben, dass ihre Meinungen bei Entscheidungen in der Regel ignoriert werden (Andresen, 2019:30-31). Junge Menschen sollten also nicht nur zu aktiver Mitarbeit eingeladen, sondern dabei auch gleichberechtigt behandelt werden. Nur so kann ihr Engagement und die Identifikation mit ihrer Heimatregion erhalten werden – ein wesentlicher Bleibe- bzw. Rückkehranreiz.

Ähnlich wie bei anderen Altersgruppen spielt auch für junge Menschen ein verlässliches Lebensumfeld eine wichtige Rolle. Neben der Schule sollten mehr Räume für Begegnungen unter Jugendlichen geschaffen werden. Für jüngere Menschen sind solche Angebote, die ihnen Raum zu einer weitgehend selbstorganisierten Gemeinschaftsbildung innerhalb ihrer Altersgruppe geben, ein wesentlicher Standortvorteil.

Viele Teilnehmer/innen sprachen an, dass jüngere Menschen oftmals nichts von bereits bestehenden Angeboten in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung wüssten. Die von jüngeren Menschen genutzten Kommunikationskanäle könnten hier konsequenter genutzt werden.

Junge Familien

Eine zweite Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit der Frage, wie das Leben in ländlichen und urbanen Regionen für junge Familien attraktiver gestaltet werden kann. Die Wohnortnähe von Schulen sowie die Infrastruktur für jüngere Menschen sind ein wichtiger Faktor für Bleibeentscheidungen von Familien. Schulen dienen darüber hinaus auch als wichtige Begegnungsorte sowohl für Schüler als auch für ihre Eltern, die dort andere Familien kennenlernen können.

Deshalb wirkt es sich besonders fatal aus, wenn gerade in Gebieten mit einem starken Bevölkerungsrückgang Schulen geschlossen werden. Dadurch wird es schwieriger, ein für Familien attraktives Umfeld zu schaffen, zumal die Schließung von Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen in einer Region auf Zuzugswillige abschreckend wirkt, da dies häufig als Anzeichen für einen regionalen Niedergang wahrgenommen wird. Bei Entscheidungen über Schulstandorte sollte insofern in Rechnung gestellt werden, dass

dadurch ein Teufelskreislauf entstehen kann – mit dem schulbedingten Wegzug beziehungsweise einem geringeren Zuzug von Familien gehen Steueraufkommen und Konsumausgaben zurück, was wiederum die Finanzierbarkeit von öffentlichen Infrastrukturausgaben beeinträchtigt.

Die Aufnahme einer Pendeltätigkeit wurde ebenfalls als ein wichtiger Faktor für die Standortentscheidung von Familien hervorgehoben. In vielen Fällen müssen Eltern, die in ländlichen Regionen wohnen, täglich zur Arbeit pendeln. Schon die Fahrzeit kann zusätzlichen Stress für die Betroffenen bedeuten, denn sie reduziert das für die Familie, die Freizeitgestaltung sowie für ehrenamtliche Aktivitäten verfügbare Zeitbudget. Dies gilt auch für Kinder, die weite Schulwege und deshalb weniger Zeit für außerschulische Aktivitäten haben. Nicht zuletzt hat die Freiwilligenarbeit von Eltern meist einen engen Bezug zum Alltag ihrer Kinder, etwa in Elternbeiräten oder bei schulinternen Initiativen. Wenn sich solche Aktivitäten stets in einer entfernt gelegenen Stadt oder Gemeinde abspielen, wird der eigene Wohnort immer weniger als eigentlicher Lebensmittelpunkt wahrgenommen. Dass durch eine Pendeltätigkeit ohnehin belastete Zeitbudget für ein Engagement in der eigenen Gemeinde kann dazu führen, dass die Identifikation mit deren Belangen mehr und mehr abnimmt und schließlich die Entscheidung für einen Wegzug wahrscheinlicher wird.

Ältere Generation

Die dritte Arbeitsgruppe diskutierte über die Situation der älteren Generation – und riet hier zu einer wichtigen Differenzierung: Viele ältere Menschen erfreuen sich heute glücklicherweise auch in hohem Alter einer guten Gesundheit, die Zahl der sogenannten „Jungen Alten“ nimmt immer mehr zu. Diese könnten in Zukunft einen deutlich aktiveren Beitrag zur Entwicklung der Gemeinden leisten.

Im ländlichen Raum sollten mehr altersgerechte Wohnungen und Multigenerationenhäuser geschaffen werden, zumal ältere Menschen nicht mehr die ursprünglich für eine ganze Familie geschaffenen großen Wohneinheiten benötigen. Diese könnten dann jungen Familien angeboten werden. Die Fähigkeit einer Gemeinde, den lokalen Wohnungsmarkt an die Bevölkerungsentwicklung anzupassen und angemessene Wohnungen für alle Teile der Gesellschaft in ihrem Gebiet zu schaffen, wird in Zukunft maßgeblich über deren Attraktivität entscheiden.

Eine wesentliche strukturelle Veränderung betrifft den Pflegebereich. Familienmitglieder erbringen immer noch einen

Großteil der Pflegeleistungen für hilfsbedürftige ältere Angehörige. Durch die sich verändernde Bevölkerungszusammensetzung und die wachsende Mobilität werden jedoch in Zukunft immer weniger Familienmitglieder vor Ort leben, die solche Leistungen noch erbringen können. Dazu kommt, dass diese für die Pflege nicht ausgebildet sind und angesichts der physischen und psychischen Belastungen häufig an ihre Grenzen stoßen. Die Arbeitsgruppe schlug deshalb vor, entweder bessere Strukturen für die institutionelle Pflege zu schaffen, die professionellen Pflegedienste weiter auszubauen und/oder die Wohlfahrtsorganisationen zu einer engeren Zusammenarbeit zu veranlassen. Insbesondere sollten mehr Informationsangebote über die für ältere Bürger/innen verfügbaren Dienstleistungen vor Ort geschaffen werden – schon vor dem Eintritt einer Pflegebedürftigkeit. Dies gelte insbesondere für die Gruppe der „Jungen Alten“, die dann bereits vor Erreichen dieser Lebensphase entsprechende Weichenstellungen vornehmen können.

Gemeinsamkeiten

In allen Arbeitsgruppen beklagten die Teilnehmer/innen, dass laufend neue Projekte für den ländlichen Raum entwickelt würden, die nach dem Auslaufen der Finanzierung ein meist abruptes Ende fänden – selbst wenn sie eigentlich erfolgreich gewesen wären. Es sollten deshalb Wege gefunden werden, wie man Projekte effizienter durchführen und im Erfolgsfalle fortsetzen könne, um so die Strukturen in den Gemeinden nachhaltig zu stärken. Zusätzliche Fördermittel sollten auch für experimentelle Projekte zur Verfügung stehen.

Die Teilnehmer/innen waren sich einig, dass die kommunalen Entscheidungsträger/innen sich deutlich mehr darum kümmern müssen, wie sie ihre Einwohner/innen besser erreichen und am Gemeindeleben beteiligen können. Insbesondere muss dem häufig bestehenden Vorbehalt entgegengewirkt werden, dass meist ein kleiner Kreis von Personen über wichtige Fragen entscheidet. Beispielsweise sollte man über „Bürgerbudgets“ nachdenken, die es den Menschen vor Ort ermöglichen, mehrheitsfähige Projekte für ihre Gemeinde vorzuschlagen und im Falle einer Bewilligung an deren Umsetzung aktiv mitzuwirken. In der Arbeitsgruppe über junge Familien wurde hervorgehoben, dass die Terminplanung immer noch häufig wenig familienfreundlich gestaltet werde – Teilnahmen an Besprechungen und Versammlungen am Abend sind für Eltern mit kleinen Kindern und Alleinerziehende kaum machbar.

Einige Expert/innen teilten die Einschätzung, dass „Bottom-Up“-Initiativen nicht immer erfolgreicher agieren als Projekte mit klaren Führungsstrukturen und Hauptverantwortlichen. Mitglieder der Arbeitsgruppe für die jüngere Generation betonten, dass Aktivitäten gerade dieser Bevölkerungsgruppe klarer Verantwortungsstrukturen bedürften, zumal viele jüngere Menschen sich immer weniger in bereits bestehenden Institutionen (z. B. Vereinen) engagieren. In der Arbeitsgruppe zu den jungen Familien wurde vorgeschlagen, in den Gemeinden verstärkt externe Berater/innen hinzuziehen, die am Projekterfolg gemessen werden, keine Eigeninteressen verfolgten und sich insofern auch dafür eigneten, potenzielle Interessenkonflikte innerhalb der Gemeinde zu moderieren. Eine weitere Aufgabe solcher Berater/innen könnte sein, Finanzierungsanträge für neue Projekte zu erstellen. In der Arbeitsgruppe zur älteren Generation wurde die starke Abhängigkeit der Gemeinden von der Projektfinanzierung durch die Bundes- und jeweilige Landesregierung thematisiert. Gerade kleineren Gemeinden stünde jedoch kein in der Erstellung von Förderanträgen geschultes Personal zur Verfügung.

Alle Gruppen betonten die Wichtigkeit, in Gemeinden mehr Treffpunkte zu schaffen, die als „soziale Orte“ von Menschen aller Generationen genutzt werden könnten (Kersten et al., 2017). Zusammenhalt stiftende Ereignisse, wie beispielsweise saisonale und kulturelle Feste sowie Sportveranstaltungen, würden wesentlich zur Identifikation mit dem Wohnort beitragen.

Policy Recommendations

– Menschen wollen sich ihrem Lebensumfeld zugehörig fühlen. Deshalb sollten Wege gefunden werden, wie Menschen aller Generationen im ländlichen Raum stärker in Entscheidungsprozesse einbezogen werden können. Ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl kann auch ein starker Bleibebezug sein.

– Dazu trägt die Schaffung von sozialen Räumen bei, in denen sich die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen treffen können, um miteinander zu interagieren. Dies betrifft auch generationenübergreifende Aktivitäten.

– Nicht alle Gemeinden verfügen über notwendige personelle Kapazitäten für ein erfolgreiches Projektmanagement. Deshalb sollte ggf. mehr an ein entsprechend geschultes Personal und externe Berater/innen delegiert werden können, um eine effiziente Durchführung und nachhaltige Wirksamkeit der Projekte sicherzustellen. Die Förderung

von diesen Projekten sollte nachhaltiger gestaltet werden.

– Die in einer bestimmten Region verfügbaren Angebote sollten besser beworben werden, da deren Zielgruppen oftmals nur unzureichend darüber informiert sind. Dies kann weitere Bleibebezüge schaffen. ■

Literatur

- Andresen, S., Wilmes, J., & Möller, R. (2019): *Children's Worlds+: Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*. Goethe Universität Frankfurt am Main, Jacobs Foundation, Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmannstiftung.de/de/publikationen/publikation/did/childrens-worlds>
- Ermisch, J. & Mulder, C. (2019): Migration Versus Immobility, and Ties to Parents. *European Journal of Population* 35(3): 587-608.
- Kersten, J., Neu, C. & Vogel, B. (2017). Das Soziale-Orte-Konzept: Ein Beitrag zur Politik des sozialen Zusammenhalts. *Umwelt- und Planungsrecht* 2: 50-56.
- Thomas, M. J. (2019): Employment, Education, and Family: Revealing the motives behind internal migration in Great Britain. *Population, Space, and Place* 25(4): e2233.

Gefördert vom:



Impressum

Herausgeber: Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V. im Namen des Netzwerks „Population Europe“

Fachwissenschaftliche Beratung: Prof. Dr. Sabine Andresen, Dr. Laura Castiglioni, Dr. Sebastian Klüsener

Technische Koordination: Emily Lines

Layout: Karen Olze / Judith Miller / Produkt und Grafik Design

Foto (Titelseite): ©Gutzemberg – iStock

Druck: Newprint blue GmbH, Berliner Straße 13-14, 10715 Berlin
ISSN: 2512-6164

Anschrift: Population Europe Secretariat, Markgrafenstraße 37, 10117 Berlin, Germany; **Telefon:** +49 (0)30 2061 383 30

E-Mail: office@population-europe.eu;

Web: www.population-europe.eu

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Der Abdruck von Artikeln, Auszügen und Grafiken ist nur für nicht kommerzielle Zwecke erlaubt. Um Zusendung von Belegexemplaren wird gebeten.